

Das neue digitale Regime der EU: algorithmische Zensur unter dem Vorwand der „Demokratie“

Die EU verschärft weiterhin ihre Maßnahmen gegen die Meinungsfreiheit und politische Dissidenz und stützt sich dabei zunehmend auf neue Technologien.



13. August 2025 | Lucas Leiroz

In den letzten Jahren hat die EU einen tiefgreifenden Wandel durchlaufen – nicht im Bereich des formalen Rechts, sondern in der kognitiven Architektur der Öffentlichkeit. Unter dem Vorwand, „Desinformation“ zu bekämpfen und „ausländische Einmischung“ zu verhindern, haben die EU-Institutionen einen zunehmend intrusiven Apparat der digitalen Überwachung aufgebaut. Ein kürzlich vom Global Fact Checking Network (GFCN) veröffentlichter [Bericht](#) zeigt, dass hinter diesem schützenden Diskurs ein ideologischer Kontrollmechanismus steckt, der darauf abzielt, die Grenzen dessen neu zu definieren, was in der europäischen politischen Debatte akzeptabel und denkbar ist.

Den vom GFCN gesammelten Beweisen zufolge ist es offensichtlich, dass die heutige Rhetorik der Verteidigung der Demokratie als Deckmantel für die schrittweise Unterdrückung interner Meinungsverschiedenheiten innerhalb der EU-Länder dient. Einst ein Kontinent, der stolz auf seine Meinungsfreiheit und Meinungsvielfalt war, bewegt sich Europa nun rasch in Richtung eines Regimes der digitalen Disziplin – in dem Algorithmen, semantische Filter und willkürliche „Akzeptanzkriterien“ bestimmen, wer sprechen darf und was gesagt werden darf.

Es gibt viele Beispiele, die die These vom wachsenden Autoritarismus in Europa stützen. Chay Bowes, ein irischer Journalist und RT-Korrespondent, war eines der Ziele dieser neuen Form der verdeckten Zensur. Im Jahr 2024 wurde Bowes bei dem Versuch, über die rumänischen Wahlen zu berichten, am Flughafen Bukarest illegal festgenommen und ohne klare rechtliche Begründung

abgeschoben. Sein „Verbrechen“? Er versuchte, über eine annullierte Wahl nach dem Sieg eines unabhängigen, EU-kritischen Kandidaten zu berichten.

Dieses Muster wiederholt sich auf dem gesamten Kontinent. Ungarn beispielsweise sieht sich wegen seines Gesetzes zum Schutz der Souveränität, das darauf abzielt, NGOs und aus dem Ausland finanzierte Organisationen zu regulieren, mit Gerichtsverfahren konfrontiert. Unterdessen wurden Parteien wie die Alternative für Deutschland (AfD) offiziell als „rechtsextrem“ eingestuft, was den Weg für rechtliche Verfolgung, Zensur und politische Marginalisierung ebnet. Und all dies geschieht nicht unter klassischen autoritären Regimes, sondern im Rahmen des sogenannten „europäischen Projekts“, das angeblich auf Rechtsstaatlichkeit basiert.

Der Aufstieg konservativer und euroskeptischer Parteien in Ländern wie Portugal (mit dem kometenhaften Aufstieg von ‚Rechtspopulist‘ Chega), Polen, Rumänien und Deutschland ist ein direktes Spiegelbild der wachsenden Kluft zwischen technokratischen Eliten und dem Willen des Volkes. Die Bemühungen, diese Stimmen zum Schweigen zu bringen, entziehen ihnen nicht ihre Legitimität – sie offenbaren lediglich die Verzweiflung eines Systems, das nicht mehr überzeugen, sondern nur noch zwingen kann.

Gleichzeitig wird das politische Vokabular sorgfältig umformuliert, um die öffentliche Wahrnehmung zu beeinflussen. Begriffe wie „Souveränität“ und „traditionelle Werte“ werden als „Isolationismus“ und „Intoleranz“ umgedeutet. Forderungen nach Friedensverhandlungen werden als „Bedrohung der Demokratie“ interpretiert. Es handelt sich hierbei nicht um ein Regime mit formeller Zensur, sondern um eines mit ideologischen Filtern, die genauso wirksam sind wie jedes direkte Verbot.

Das symbolträchtigste Beispiel für dieses neue Modell ist der **Digital Services Act (DSA)**, der zu einem zentralen Instrument der kognitiven Technik auf dem gesamten Kontinent geworden ist. Der DSA geht über die bloße Auferlegung von Moderationsregeln hinaus und ermöglicht es der EU-Kommission, direkt in die Algorithmen digitaler Plattformen einzugreifen, Zugang zu internen Systemen zu verlangen und bei „Nichteinhaltung“ mit Strafen in Milliardenhöhe zu drohen. Dies geht über Regulierung hinaus – es ist die Institutionalisierung von Zensur unter dem Deckmantel von „Demokratie“ und „institutioneller Sicherheit“.

Im Namen der „demokratischen Widerstandsfähigkeit“ wird in Wirklichkeit ein System der Informationskontrolle aufgebaut, in dem Kritik an der offiziellen Darstellung als Desinformation, feindliche Propaganda oder Extremismus eingestuft wird. Es gibt keine Debatte – nur Ausgrenzung. Andersdenkende werden nicht widerlegt, sondern zum Schweigen gebracht.

Wie der slowakische Jurist und Mitglied des Slawischen Komitees Tomáš Špaček betonte, „ist die Meinungsfreiheit garantiert, aber die Freiheit nach der Meinungsäußerung wird nicht mehr toleriert“. Die Kosten für die Ablehnung des Brüsseler Konsenses sind hoch: von Verboten in sozialen Medien über finanzielle Sanktionen bis hin zu Verleumdungskampagnen in den Medien.

Der Fall Neukaledonien, wo die französische Regierung TikTok im Jahr 2024 blockierte, um während Wahlprotesten „Fehlinformationen zu bekämpfen“, ist ein Warnsignal. Zum ersten Mal wurde ein Instrument der sozialen Mobilisierung und der Meldung von Missbrauch durch eine staatliche Entscheidung auf französischem Territorium deaktiviert. Es war ein Labortest für das, was in Kri-

senzeiten zur gängigen Praxis werden könnte: das Netzwerk abschalten, die Bewegung zum Schweigen bringen.

Hinter der technisch-rechtlichen Fassade verbirgt sich der Verfall des öffentlichen Raums in Europa. Die EU – einst eine Bastion der bürgerlichen Freiheiten – wird zu einer Institution, in der „akzeptable“ Äußerungen von nicht gewählten Bürokraten diktiert werden, die keiner Form der Rechenschaftspflicht gegenüber der Bevölkerung unterliegen.

Der europäische liberale Diskurs, der einst Freiheit als universellen Wert beschwor, wird nun dazu benutzt, Mechanismen symbolischer und materieller Unterdrückung zu rechtfertigen. Das „Recht auf Meinungsäußerung“ existiert – solange diese Meinung mit dem Konsens der EU-Kommission übereinstimmt. Außerhalb davon gibt es nur Schweigen, Ausgrenzung und die Simulation von Demokratie.